

ANFRAGEN an den Bürgermeister

1) Bebauungsplan Lazarini-Projekt

GRin. **Krampl** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Krampl**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Das so genannte Lazarini-Projekt in der Elisabethstraße 50 beschäftigt bereits seit längerem nicht nur dieses Haus, sondern mittlerweile auch die Fachabteilung 13 B des Landes Steiermark, nachdem seitens der Anrainerinnen und Anrainer wegen der Baubewilligung für das Lazarini-Projekt Sturm gelaufen wird. Zwar wurde vom Land das von den AnrainerInnen gewünschte Nichtigkeitsverfahren gegen den Baubewilligungsbescheid abgelehnt, dies allerdings unter anderem mit dem Hinweis, dass – wie auch vom Stadtplanungsamt bestätigt worden sei – noch ein Bebauungsplan erlassen werde, in den sowohl das Gutachten der ASVK als auch die Hubeli-Studie einfließen werden.

Ich stelle daher an dich, an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Anfrage,

ob du bereit bist, auf die zuständigen Fachabteilungen einzuwirken, damit ehebaldigst der von der RA 13 B angesprochene Bebauungsplan für das Lazarini-Projekt dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt wird.

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

2) Ordnungsamt

GR. **Eichberger** stellt folgende Anfrage:

GR. **Eichberger:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich stehe jetzt etwas länger hier am Rednerpult, weil ich zwei Anfragen gleich hintereinander bringen darf, darf vielleicht mit dem ersten beginnen mit dem bekannten Ordnungsamt. Wie Sie ja wissen, haben wir vor geraumer Zeit, und zwar am 16. 6. 2005 hat der Gemeinderat einen dringlichen Antrag einstimmig eingefordert, in dem wir prüfen lassen wollten, ob in Graz eine Magistratsabteilung für öffentliche Sicherheit nach dem Vorbild der Ordnungsämter in deutschen Städten eingerichtet werden kann und welche Bereiche eine solch zu schaffende Abteilung grundsätzlich abdecken könnte sowie inwieweit dies eine Strukturreform innerhalb der städtischen Verwaltung bedingen würde und welche Ressourcen für die Installierung so eines, unter Anführungszeichen, genannten Ordnungsamtes erforderlich wären.

In der Septembersitzung hier im Gemeinderat gab es nun einen ersten Zwischenbericht über diese Prüfung, dieser Bericht entsprach aber, um es vorsichtig auszudrücken, nicht unbedingt den Intentionen meines Gemeinderatsantrages und auch der Zuerkennung der Dringlichkeit und des Inhalts, da sich diese Beantwortung in erster Linie mit der Aufzählung des Ist-Zustandes befasste. Vereinfacht ausgedrückt: Als Gemeinderat und als Antragssteller hätte ich mir gewünscht zu erfahren, Wie eine solche Abteilung geschaffen werden könnte, Welche strukturellen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen dafür erforderlich wären und Wie diese erreicht werden könnten. Aber immerhin, und das ist das Positive an diesem September-Bericht zu diesem Thema, ist in diesem Bericht zumindest angekündigt worden, dass sich die zuständigen Magistratsabteilungen mit dem Thema weiter beschäftigen werden.

Nachdem die Überlegung zur Schaffung einer solchen Abteilung in der Bevölkerung, und es gab relativ großes und positives Echo, aber auch in Wirtschaftskreisen grundsätzlich auf positive Zustimmung gestoßen war, stelle ich daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e ,

ob du bereit bist, die mit der weitergehenden Prüfung betrauten Magistratsabteilungen sowie die Magistratsdirektion zu beauftragen, bis spätestens Februar kommenden Jahres dem Gemeinderat einen Bericht vorlegen zu lassen, der

den Intentionen des Gemeinderatsantrages vom 16. 6. entspricht und auf die darin angesprochenen Fragestellungen detaillierter eingeht, als dies zuletzt erfolgt ist.

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

3) Bahnunterführung Liebenauer Hauptstraße

GR. **Eichberger** stellt folgende Anfrage:

GR. **Eichberger**: Jetzt darf ich zur zweiten kommen, die ist etwas kürzer und betrifft die Bahnunterführung beziehungsweise der Wunsch nach einer Bahnunterführung in der Liebenauer Hauptstraße beziehungsweise wieder eine Anfrage im Zusammenhang mit dem lang herbeigesehnten Südgürtel. Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Ich glaube, in diesem Haus ist es nichts Neues, dass das Verkehrsaufkommen in der Liebenauer Hauptstraße enorm ist und die Belastungen der AnrainerInnen an dieser Straße längst jenseits der Zumutbarkeitsgrenze liegt. Es kommt daher nicht von ungefähr, dass BezirksbewohnerInnen und auch natürlich die Bezirksvertretungen in Form des Bezirksrates seit Jahren vehement die Errichtung des Südgürtels einfordern. Besonders prekär ist dabei die Situation im Bereich der Kreuzung Liebenauer Hauptstraße mit der Puntigamer Straße in Zusammenhang mit der Bahntrasse – speziell in Stoßzeiten kommt es dann regelmäßig, und dies mehrmals am Tag, zu einem regelrechten Zusammenbruch des Verkehrs. Ich habe mich gestern dann noch erkundigt bei den österreichischen Bundesbahnen, der Schranken geht immerhin werktags zwischen 100- und 120-mal zu, also da sieht man schon, dass das Ganze auch eine entsprechende Dimension hat.

Neben der längst zugesagten Realisierung des Südgürtels könnte hier mittelfristig Abhilfe geschaffen werden, indem durch eine Unterführung der Bahntrasse dieser Staupunkt in der Liebenauer Hauptstraße wirkungsvoll entlastet wird. Dazu die zweite Anmerkung von mir, denken wir alle daran, dass Gott sei Dank in wenigen

Monaten der Murpark auch eröffnen wird, also ein zusätzlicher Magnetbetrieb, so hoffen wir zumindest, der aber natürlich auch für zusätzlichen Verkehr in dieser Gegend sorgen wird.

Ich stelle daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e ,

ob du bereit bist,

- a) mit der Landesrätin Kristina Edlinger-Ploder Gespräche zu führen, damit seitens des Landes eine Unterführung der Liebenauer Hauptsraße im Bereich der Bahntrasse realisiert werden kann
- b) auf die zuständigen Stellen von Bund und Land, wieder einmal muss man dazusagen, einzuwirken, damit der geplante Südgürtel endlich errichtet wird.

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals. Das möchte ich gleich beantworten, weil es mir ein Anliegen ist, den Liebenauern und damit allen Grazerinnen und Grazern und allen Einpendlern auch hier endlich das anzubieten, worauf wir schon so lange warten. Die Diskussion geht jetzt schon über Jahrzehnte, ich glaube selbst jetzt schon, das Versprechen von drei Ministerinnen und Ministern hier im Hause gehört zu haben, dass jetzt endlich grünes Licht gegeben wird. Dann haben wir die Übertragung aller Baubereiche oder Straßenbereiche in Richtung Land gehabt und es ist richtig, dass wir mit dem Land zu verhandeln haben. Ich habe heute am Vormittag anlässlich einer Sitzung schon auch die Gelegenheit genutzt, um mit der Frau Landesrätin Kristina Edlinger-Ploder ein Gespräch darüber zu führen, sie weiß auch, wie dringend notwendig dieser Ausbau ist, sie weiß aber auch, dass über 60 Millionen Euro für die Unterflurtrasse de facto jetzt da gebraucht werden. Darüber hinaus habe ich den Herrn Landeshauptmann Mag. Voves um einen Stadt-Land-Gipfel ersucht, ich hoffe, dass wir auch bald den Termin haben werden, da wird das oberste Priorität haben genauso wie die nächste Anfrage, die noch an mich gestellt wird, das Bad Eggenberg, das da auch mit dabei ist, das sind, glaube ich, zwei ganz wesentliche

Projekte. Wobei ich sagen muss, diese Bahnunterführung Liebenauer Hauptstraße und der ganze Südgürtel das gehört endlich gemacht.

4) Bad Eggenberg/Finanzierungsgipfel

GR. **Kolar** stellt folgende Anfrage:

GR. **Kolar**: Geschätzter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Wäre mit der selben Intensität und dem selben Eifer, mit denen seit Jahren am Projekt „Bad Eggenberg neu“ geplant wird, auch gebaut worden, wäre der Zustand des Bades Eggenberg nicht derart, dass sich dieses Haus immer wieder mit dem Bad beschäftigen muss. Faktum ist, dass das Bad vor sich hinbröseln, meine Damen und Herren, notdürftig werden immer wieder die Becken abgedichtet und Sommer für Sommer beginnt das große Zittern, ob das Bad noch eine weitere Saison hält. Denn außer, wie gesagt, immer neuen Plänen und Überlegungen gibt es wenig bis nichts Konkretes – zumindest, was Bund und Land betrifft. Statt konkreter Förderzusagen tauchen immer wieder bloß vage Versprechungen und Absichtserklärungen auf. Einmal war es eine wettkampftaugliche Schwimmbad, mit der – meiner Erinnerung nach – Sportstaatssekretär Schweitzer winkte, dann war wieder von einer Freizeitoase die Rede, dann kam die Idee des nunmehrigen Landeshauptmannstellvertreters Schützenhöfer mit dem Sportcluster. Und immer wieder dasselbe Bild, meine Damen und Herren: Schlagworte, vage Erklärungen über Bundes- und Landesförderungen – aber wie immer keine konkreten Pläne, keine konkreten Zusagen.

Das einzig Konkrete, was es derzeit gibt, ist die dezidierte Aussage von Finanzstadtrat Dr. Wolfgang Riedler, für das Projekt „Eggenberg neu“ trotz der schwierigen finanziellen Situation in der Stadt sieben Millionen Euro zur Verfügung zu stellen, um hier diesen Neubau zu finanzieren. Wobei die entscheidenden Voraussetzungen dafür, endlich das ewige Planspielstadium zu verlassen und Nägel mit Köpfen zu machen, es natürlich wäre, dass alle Unterlagen auf den Tisch kommen, die alle Beteiligten haben und sich letztendlich hier auch die Beteiligten

grundsätzlich einmal zu einem bestimmten Gipfel zusammensetzen. Nicht zuletzt aus diesem Grund wurde vom Finanzstadtrat heute bereits ein so genannter Bad-Gipfel für Eggenberg eingefordert, um einerseits die Projektfragen und andererseits die Finanzierungsfrage klären zu können.

In diesem Sinne darf ich an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, deswegen die

A n f r a g e ,

stellen, ob du bereit bist, den von Finanzstadtrat Riedler beabsichtigten Bädergipfel dahingehend zu unterstützen, indem du

- a) die für das Projekt zuständigen Fachabteilungen beziehungsweise deren politisch verantwortlichen Stadtsenatsreferenten aufforderst, endlich alle einschlägigen Pläne inklusive Kostenberechnungen dem Finanzreferenten zur Vorbereitung für diesen Badgipfel zu übermitteln
- b) und analog dazu auch die Verantwortlichen von Bund und Land zu ersuchen, ihre Planungen inklusive Kostenberechnungen zu übermitteln, um auch zur Vorbereitung für diesen Badgipfel – angeblich vorliegende Finanzierungszusagen zu bestätigen und auf den Tisch zu kriegen (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals. Da verweise ich einfach auch darauf, den Stadt-Land-Gipfel wird es geben, oberste Priorität Bad Eggenberg. Es ist natürlich auf der einen Seite durch das Problem ASKÖ-Stadion wiederum zu Zeitverzögerungen gekommen. Auf der anderen Seite beinhaltet es eine riesengroße Chance. Erstens dass wir, und diese mündliche Zusage soll es auch von Bundesseite geben, auch Teile des Bad Eggenberg ins Gesamtprojekt hereinbekommen, was uns finanziell natürlich helfen würde, auf der anderen Seite kommen unter Umständen auf uns auch neue Kosten zu, weil wir dann auch den ganzen Leichtathletik- und Sportclusterbereich mitzufinanzieren haben, da bin ich mit dem Herrn Finanzreferenten einer Meinung, das kann nur Zug um Zug funktionieren, dass also alle drei Gebietskörperschaften ein klares Bekenntnis dazu abwägen. Aber ich bin sicher, dass wir beim Stadt-Land-Gipfel da schon einen weiteren Fortschritt erzielen werden, es geht wirklich um enorme Summen, die da gebraucht werden, da bitte ich

jetzt auch noch um die Geduld, diese Gespräche abzuwarten. Aber ich unterstütze das natürlich voll und ganz.

5) Weitere Schritt zur Anwendung der Gender-Mainstreaming-Strategie im Wirkungsbereich der Stadt

GRin. Mag. **Taberhofer** stellt folgende Anfrage:

Mag. **Taberhofer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Sehr geehrte Damen und Herren! Gender Mainstreaming ist eine prozessorientierte Strategie, mit der die Geschlechterrollen in allen Lebensbereichen berücksichtigt und zum selbstverständlichen Bestandteil des Handelns werden sollen. Dieser Aufgabe muss sich auch die Stadt stellen und weitere Schritte in diese Richtung setzen. Aus diesem Grund möchte ich den Bereich der personenbezogenen Daten hervorheben.

Ich richte deshalb an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen, dass personenbezogene Daten im Wirkungsbereich der Stadt in Zukunft nach den Kriterien der Gender-Mainstreaming-Strategie überprüft und erstellt werden? (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Geschätzte Gemeinderätin, ich werde das geschäftsordnungsgemäß erledigen, ich möchte nur einen Satz hinzufügen, wenn Sie gestatten. Dass der Herr Magistratsdirektor, die Magistratsdirektion emsig daran arbeiten, ich glaube auch, viel emsiger als viele andere österreichischen Städte, die

Materie allerdings auch nicht unbedingt leicht umzusetzen ist und da sind wir gut unterwegs. Aber ich werde Ihnen das ordnungsgemäß beantworten.

Mag. **Taberhofer**: Ich weiß, ich möchte nur irgendwie ergänzen, ich bin ja in der Gender-Main-Steuerungsgruppe, es gibt zwei Projekte, das wäre für mich irgendwie ein nächster Schritt, deshalb habe ich die Anfrage formuliert.

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

6) Warteraum am Andreas-Hofer-Platz

GRin. Mag. **Taberhofer** stellt folgende Anfrage:

Mag. **Taberhofer**: Auf einem der größten Busbahnhöfe in Graz, am Andreas-Hofer-Platz, sind die Menschen jeder Witterung ausgesetzt, weil es seit einiger Zeit keinen Warteraum mehr gibt. Bedingt durch diesen Missstand sind sie vielfach dazu gezwungen, umliegende Gaststätten aufzusuchen, und müssen dort auch etwas konsumieren.

Ein geeigneter Raum dafür wäre im Gebäude der Stadtwerke vorhanden.

Ich richte deshalb an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen, dass die Einrichtung eines Warteraums am Andreas-Hofer-Platz geprüft und umgesetzt wird? (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich setze mich gerne ein, wobei ich schon einmal zufrieden wäre, wenn wir dort wenigstens Wartehäuschen hätten, weil man ist ja dort wirklich Wind und Wetter ausgesetzt und wir werden da das Gespräch mit den Bundesbahnen suchen, Bundesbus heißt es jetzt, suchen.

7) Gradnerstraße – Neuseiersberger Straße

GR. **Schmalhardt** stellt folgende Anfrage:

GR. **Schmalhardt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! In der Gemeinderatssitzung am 10. April 2003 stellte ich eine Anfrage an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, hinsichtlich der Errichtung eines Kreisverkehrs und eines Fuß- und Radweges im Bereich Gradnerstraße – Neuseiersberger Straße.

Deine Antwort erhielt ich positiv am 22. Dezember 2003, wo beide Dinge die Errichtung zugesagt wurde von Seiten des Landes. Mittlerweile ist der Kreisverkehr in der Gradnerstraße – Seiersberger Straße seiner Bestimmung übergeben worden, nur der von uns geforderte Fuß- und Radweg für die Straßgänger und Grazer Bevölkerung wurde wieder nicht errichtet.

Ich ersuche dich daher, dich nochmals dafür einzusetzen, dass dieser Fuß- und Radweg im Interesse der Bevölkerung errichtet wird.

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

8) Jugendzentrum Gösting

GR. **Hohensinner** stellt folgende Anfrage:

GR. **Hohensinner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Frau Jugendstadträtin, die sich leider jetzt nicht im Gemeinderatssitzungssaal befindet, werte Jugend am Balkon! Vor zwei Jahren wurde in Gösting im Rahmen eines Bezirksjugendtreffens der Wunsch nach einem Jugendzentrum von den mehr als 25 anwesenden jungen Bürgerinnen und Bürger formuliert.

Die beiden jungen Politiker, Bezirksvorsteher Mag. Rene Schönberger und sein Stellvertreter Michael Ehmann, griffen diese Idee auf und begleiteten das Projekt, indem sie in unzähligen Sitzungen gemeinsam mit den Jugendlichen ein Konzept erstellten.

Die Integration von MigrantInnen soll dabei einen besonderen Schwerpunkt darstellen. Außerdem möchten die Göstinger Jugendlichen ihr Jugendzentrum möglichst barrierefrei gestalten, um junge Bürgerinnen und Bürger mit Behinderung einbinden zu können.

Anzumerken ist, dass es im Großraum Gösting kein derartiges Angebot für junge Menschen gibt.

Extrem engagiert und von einer möglichen Verwirklichung angetrieben, sammelte das junge Team mehr als 800 Unterschriften.

Die zuständige Stadträtin Tatjana Kaltenbeck-Michl wurde mehrmals von der Bezirksvorstehung über das Konzept informiert und nicht nur sie, sondern der Vizebürgermeister Walter Ferk und auch der Finanzstadtrat Wolfgang Riedler.

Daher stelle ich an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs, die

A n f r a g e ,

ob du bereit bist, gemeinsam mit der Göstinger Jugend und der Göstinger Bezirksvorstehung aktiv an der Umsetzung eines geeigneten Jugendzentrums zu arbeiten (*Applaus ÖVP*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich glaube es sind alle bereit dazu, jeder weiß, dass in unseren Randbezirken die Versorgung für Jugendliche mit Jugendzentrum noch nicht so gegeben ist, da brauchen wir auch keine Studie dafür, das wissen wir, wir haben es auch den Medien entnommen und wir werden uns dieser Angelegenheit annehmen.

9) Stanley „Tookie“Williams

GRin. **Binder** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Binder**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! In meiner Anfrage geht es um ein Thema, mit dem sich der Gemeinderat schon einmal sehr intensiv befasst hat. Denn wieder einmal und zwar zum dritten Mal liegt das Leben eines zum Tode verurteilten Menschen in den Händen des Kalifornischen Gouverneurs Arnold Schwarzenegger. Und obwohl Gouverneur Schwarzenegger immer wieder betont, dass es eine der schwierigsten Aufgaben für ihn ist, über Leben und Tod zu entscheiden, hat er bis heute keine einzige Begnadigung ausgesprochen, geschweige denn sich für die Abschaffung der Todesstrafe eingesetzt.

Am 13. Dezember 2005 soll im US Bundesstaat Kalifornien nun die Hinrichtung von Tookie Williams stattfinden. Williams, der 1981 wegen 4-fachen Mordes zu Tode verurteilt wurde, beteuert seine Unschuld bis heute. Bei seinem Prozess waren keine schwarzen Geschworenen zugelassen, eine weitere Anhörung wurde damals abgelehnt. In den 23 Jahren seiner Gefangenschaft brachte sich Williams selbst das Lesen und Schreiben bei und veröffentlichte seit 1996 zehn Bücher, die Kinder und Jugendliche davon abhalten sollten, das gleiche Schicksal zu erleiden wie er. Er schuf ein Internetprojekt gegen Bandengewalt, das ihm eine Nominierung für den Friedensnobelpreis einbrachte. Mittlerweile wurde Williams für seine Arbeit fünfmal für den Friedensnobelpreis und viermal für den Literaturnobelpreis nominiert. Durch seinen Einsatz gegen Gewalt, Drogen und das Leben in Gangs wurde er für viele gefährdete Jugendliche zum Idol.

Wie auch immer die Lebensgeschichten der einzelnen Todeskandidaten aussehen mögen, die Todesstrafe ist grausam, unmenschlich und verleugnet den Respekt vor dem höchsten Gut der Menschen, dem Leben. Für ihre Anwendung gibt es keine einzige Rechtfertigung. Durch ihre Vollstreckung werden Fehlurteile vollzogen und Rassenjustiz gefördert. Jeder Mensch, der zur Aufrechterhaltung der Todesstrafe beiträgt, verletzt menschliche Grundwerte.

Weltweit haben sich nun Einzelpersonen und Initiativen für die Begnadigung von Tookie Williams eingesetzt. Unter ihnen auch Erzbischof Desmond Tutu, südafrikanischer Friedens-Nobelpreisträger.

Dass die Stadt Graz in Zusammenhang mit der Herkunft des Gouverneurs Schwarzenegger und in ihrer Eigenschaft als Menschenrechtsstadt eine besondere Verpflichtung hat, sich für die Abschaffung der Todesstrafe einzusetzen, ist selbstverständlich.

Aus diesem Grund stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, noch vor dem 8. Dezember, an dem der kalifornische Gouverneur alle Beteiligten noch einmal anhören wird, im Namen der Stadt Graz ein Ersuchen um Begnadigung von Stanley Williams und um die endgültige Abschaffung der Todesstrafe zu verfassen und Arnold Schwarzenegger zu übermitteln?

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin, geschätzte Klubobfrau! Ich werde das selbstverständlich tun, nicht nur als Bürgermeister, sondern ich sage es auch als Christ bin ich dafür, dass kein Mensch von jemand anderem hingerichtet werden darf und ich werde noch vor dem 8. Dezember mich bemühen, dass dieser Brief auch den kalifornischen Gouverneur erreichen wird (*Applaus SPÖ und KPÖ*).

10) Schallpegelmessgerät Olga

GRin. Dr. **Sickl** stellt folgende Anfrage:

Dr. **Sickl**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Ich spreche wieder mehr die Gemeindepolitik an beziehungsweise ein Problem, das vor Ort ist. Es geht wieder einmal um die Lärmproblematik, heute haben wir schon ein bisschen was gehört betreffend dieser Verordnung beziehungsweise die Verordnungsaufhebung. Meine Anfrage richtet sich betreffend das Schallpegelmessgerät Olga: Ohne Lärm geht's auch.

Diese Olga hat im Ruhezustand die Arme unten und hebt diese je nach Intensität des Lärms immer höher, bis sie sich bei der vom Anwender definierten Höchstgrenze (z.B.: 85 db) die Ohren zuhält. Gleichzeitig wird der aktuelle Schallpegel ziffernmäßig angezeigt. Dies hätte gerade im Universitätsviertel eine bewusstseinsbildende Wirkung. Zusätzlich könnte man mit Olga aber auch in Schulen Aufklärungsarbeit leisten.

Diesbezüglich gibt es bereits eine Machbarkeitstudie vom Joanneum Research durchgeführt. Offen hingegen ist die Finanzierung eines Prototyps: Die Kosten dafür wären ungefähr 6.000.- Euro, das gesamte Projekt mit einer Vorserie von drei bis fünf Puppen kommt auf etwa 30.000.- Euro. Diese Puppen könnte man mobil im Grazer Stadtgebiet einsetzen, auch zum Beispiel wenn es ein Problem gibt betreffend Gastgärten, das wäre eben ein optisches Signal, wo man vielleicht darauf aufmerksam macht, ein bisschen leiser zu sprechen beziehungsweise eben auch auf die Zeit aufmerksam macht. Zusätzlich könnte man mit einem kleineren Modell in den Schulen Aufklärungsarbeit leisten.

In Zeiten, wo laut Statistik jeder vierte Jugendliche hörgeschädigt ist und gerade die hohe Lärmbelastigung zu gesundheitlichen Dauerschäden führt und die Aggressivität fördert, wäre dies eine sinnvolle Maßnahme.

Daher stelle ich namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs folgende

A n f r a g e :

Ob Sie bereit wären, überprüfen zu lassen, ob das von einem Grazer Techniker entwickelte optische Schallpegelmessgerät von der Stadt Graz in gemeinsamer Finanzierung mit dem Land Steiermark, wo das Projekt bereits eingereicht wurde, auf die Beine gestellt werden kann.

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.